

## **"Weg mit Hartz IV und her mit dem guten Leben!"**

**Rede von Harald Rein/Frankfurter Arbeitslosenzentrum auf der Kundgebung/Straßenfest am 16.04.2015 in Frankfurt/M**

**im Rahmen der Kampagne [aufRecht bestehen - 10 Jahre Hartz IV sind genug!](#)**

2005 wurde Hartz IV in Deutschland eingeführt. Nach zehn Jahren praktischer Umsetzung können wir feststellen:

soziale Leistungen wurden abgebaut!  
soziale Rechte wurden eingeschränkt!  
Löhne und Gehälter wurden gesenkt!  
Armut hat zugenommen!

Hartz-IV ist ein Regime, eine Art kontrollierte Herrschaftsform gegenüber allen Personen die von Sozialleistungen abhängig sind, also dem größten Teil der Grundsicherung beziehenden oder aufstockenden Bevölkerung!

Es ist, in Anlehnung an Christoph Butterwegge ein totalitäres Arbeitsmarkt- und Armutsregime, da es sämtliche Poren der Gesellschaft durchdringt und die Betroffenen nicht mehr loslässt, ihren Alltag völlig beherrscht und sie zwingt, ihr gesamtes Verhalten danach auszurichten.

Demokratie, so wie wir sie verstehen, hört am Eingang zum Jobcenter auf zu existieren. Nicht selten entwickeln die einzelnen Jobcenter eine eigene Rechtsauslegung, nach dem Motto: Was ich sage ist Gesetz! Dies führt zu rechtswidrigem Vorenthalten von Leistungen, unbegründeten Sanktionen, Annahmeverweigerung von Anträgen usw. Abgegebene Dokumente verschwinden wie von Geisterhand, die zuständigen SachbearbeiterInnen sind nicht erreichbar.

Eingliederungsvereinbarungen werden nicht mit den Erwerbslosen besprochen, deren Auffassung über ihr weiteres Berufsleben ist irrelevant. Stattdessen wird die Eingliederung den Betroffenen unterschrittsreif vorgelegt, mit den immer gleichen Forderungen: sie bewerben sich so oft wie möglich, egal wo, sie nehmen an einer Maßnahme teil, egal ob sie hilfreich ist oder nicht oder ihre Arbeitsfähigkeit wird durch den Amtsarzt überprüft, nur weil sie eine Grippe auskuriert haben. Die Absicht dieser Art von Umgang dürfte klar sein: Es wird Gehorsam verlangt, unwidersprochen alles zu tun, was das Jobcenter verlangt und es soll Angst erzeugt werden. Ist der Erwerbslose immer noch renitent, werden Sanktionen angedroht oder vollzogen.

Hartz IV ist aber noch mehr:

Mit Hilfe statistischer Tricks ergibt sich in diesem Jahr ein Regelsatz in Höhe von 399 € im Monat. Dieser ist nicht existenzsichernd, es fehlt an Geld für Ernährung, Kleidung, Wohnen, Kultur und Bildung. Armut steigt langsam aber systematisch an, laut Paritätischem Wohlfahrtsverband gelten über 12 Millionen Menschen in Deutschland als arm.

Daneben werden soziale Grundrechte von Erwerbslosen eingeschränkt: es gibt kein Recht auf freie Berufswahl, Erwerbslose müssen die Angebote der Jobcenter annehmen, ohne Rücksicht, ob sie davon leben oder darüber eine berufliche Perspektive entwickeln können. Und es gibt kein Recht auf freie Wohnungswahl, denn niemand darf ohne Genehmigung der Jobcenter umziehen.

Existenzsichernde, meinen Interessen entsprechende Arbeit wird über die Jobcenter äußerst selten vermittelt. Eher kann von größtenteils erzwungenen Arbeitsvermittlungen über Leiharbeitsfirmen und Trainingsmaßnahmen durch dubiose Beschäftigungsträger gesprochen werden, denn jede Arbeit und jede Maßnahme ist zumutbar. Um diese Niedriglohntätigkeiten durchzusetzen gibt es ein Sanktionssystem, das in einem Jahr etwas über eine Million Betroffene mit einer Kürzung oder vollständigen Streichung der Leistungen bestraft, damit fallen diese noch unter das staatlich festgelegte Existenzminimum. Auf diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund ist erklärbar, wieso die Beschäftigungsquote rapidE zugenommen hat. Mittlerweile kann von einer „prekären Vollerwerbgesellschaft“ gesprochen werden.

Auch zehn Jahre später haben die damals politisch verantwortlichen Personen nichts dazu gelernt!

Noch heute spricht der frühere Bundeskanzler und jetzige Lobbyist Gerhard Schröder davon, dass Hartz IV ein „Gewinn für die Gesellschaft“ gewesen sei. Für den wegen Untreue verurteilten Peter Hartz ist die Arbeitsmarktreform unter dem Strich ein Erfolg geworden und der frühere Arbeitsminister Clement liberalisierte erst den Leiharbeitsmarkt und wurde dann, nach Beendigung seiner politischen Laufbahn, Vorsitzender beim größten Global Player der Leiharbeitsbranche.

Und die Gewerkschaften, als Mitbeteiligte der sogenannten Hartz IV-Kommission wettern zwar gerne zehn Jahre später gegen bestimmte Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, sind aber nicht in der Lage ihre eigenen Positionen von damals kritisch zu reflektieren.

Trotz 100 000 TeilnehmerInnen bei einer nicht offiziell vom DGB unterstützten Demonstration der „Anti-Hartz-Initiativen“ 2003 in Berlin und trotz der 200 000 Menschen auf dem Höhepunkt der Montagdemonstrationen im August 2004 im Osten Deutschlands, behauptete der damalige DGB-Vorsitzende Sommer 2003 zuerst, mit Hilfe der Gewerkschaften seien nun die größten Klötze aus der Agenda 2010 weggeräumt, um dann weitere Proteste gegen diese unsoziale Politik abzulehnen und um schließlich 2005 festzustellen, dass der Weg zu einem Sozialstaat, der nicht mehr den Lebensstandard absichere, unumkehrbar eingeschlagen sei.

Dazu kann ich nur sagen:

Danke liebe SPD und nicht zu vergessen danke liebe Grüne für zehn Jahre Hartz IV  
für eine Politik der Armut  
für eine Politik des Niedriglohns und  
für eine Politik der sozialen Entrechtung.

Und Danke lieber DGB für eure fehlende praktische Unterstützung des Kampfes gegen Hartz IV.  
Noch heute warten wir auf eine Entschuldigung für diesen Schmach!

Ich bin der Meinung, hätte zwischen 2003 und 2004 der DGB zu einem gemeinsamen Kampf von Arbeitnehmern und Erwerbslosen aufgerufen, die Schröder/Fischer Regierung wäre ins Wanken geraten und die soziale Situation in Deutschland sähe heute anders aus!

Mittlerweile ist Deutschland zentraler politischer Akteur in Europa. Die immer wieder geforderten und durchgesetzten Haushaltskürzungen haben in vielen Ländern Europas bereits katastrophale Auswirkungen gezeigt. Der Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut insbesondere in den südeuropäischen Ländern ist enorm, soziale Unsicherheit ist dort für viele zu einem Dauerzustand geworden. Eine Übertragung der Hartz IV Prinzipien und der Hartz IV Sanktionen auf andere Länder gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.

Wenn Hartz IV als ein Klassenprojekt von oben eingeschätzt werden kann, dann gilt es umso mehr den Widerstand von unten zwischen Erwerbslosen, Prekären und Erwerbstätigen aufzubauen und zwar europaweit!

Mit unseren Protesten wollen wir dafür streiten, das Hartz IV-System zu überwinden. Wir wollen es nicht zulassen, dass die schwarz-rote Koalition still und heimlich weitere Verschlechterungen durchsetzt, die zurzeit unter dem Schlagwort „Rechtsvereinfachung“ diskutiert werden. Und wir wollen hier und jetzt Missstände in den Jobcentern anprangern und konkrete Verbesserungen für Leistungsbeziehende durchsetzen.

Wenn viele mitmachen, dann können wir einiges erreichen!

**Weg mit Hartz IV und her mit dem guten Leben!**